



## Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 28.02.2018, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

### **TOP 1**                      **Nachhaltige Mobilität - Übersicht über das weitere zeitliche Verfahren - mündlicher Bericht**

---

#### **Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** begrüßt die Anwesenden und setzt vor Eintritt in die Tagesordnung TOP 5 ab. Zudem teilt er mit, dass OBM Spec später eintreffen und TOP 1 daher zeitlich verschoben beraten werde. Nachdem keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht werden, eröffnet EBM Seigfried mit TOP 2 die Sitzung.

Am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung eröffnet EBM **Seigfried** TOP 1 und gibt das Wort an BM **Ilk** weiter. Dieser informiert anhand einer Präsentation zum Thema. Diese liegt dieser Niederschrift bei. BM Ilk geht insbesondere auf die Themen Doppelstrategie, Regio Rad und Stadtticket ein. Nachdem OBM Spec noch nicht anwesend ist, schlägt EBM **Seigfried** eine 10 minütige Sitzungsunterbrechung bis zum Eintreffen von OBM Spec vor. Aus dem Gremium wird der Antrag gegen eine Sitzungsunterbrechung eingebracht. EBM Seigfried stellt diesen zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen. Die Sitzungsunterbrechung wird mit 13 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt. EBM Seigfried schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe TOP 2.1 und 2.3

---

**Abweichender Beschluss:**

1. Das bisher in Ludwigsburg erfolgreich umgesetzte dezentrale, integrierte Konzept der Unterbringung von Geflüchteten in der vorläufigen Unterbringung durch den Kreis wird auch für die Anschlussunterbringung durch die Stadt Ludwigsburg konsequent weiterverfolgt.
2. Grundsätzlich wird eine möglichst kleinteilige Unterbringung angestrebt, die in normales Wohnen münden soll. Angesichts der Engpässe auf dem Wohnungsmarkt ist neben der Nutzung von Wohnungen die Errichtung oder Anmietung von Einrichtungen für Flüchtlinge aber weiterhin unumgänglich.
3. Daher werden alle Stadtteile sowie die Innenstadt in Ludwigsburg angemessen in die weitere Entwicklung von Standorten für die Anschlussunterbringung einbezogen. Eine Quote wird nicht festgelegt. Dies bedeutet auch, die bisher von dauerhaften Einrichtungen für Flüchtlinge ausgenommenen Stadtteile Eglosheim und Grünbühl-Sonnenberg werden zukünftig mit einbezogen. Dort geht es vor allem um die Belegung von Wohnungen.
4. Wohneinrichtungen für Flüchtlinge (sog. Sammelunterkünfte) werden in der Regel so errichtet, dass
  - o eine dauerhafte, wirtschaftliche Nachnutzung eingeplant wird,
  - o möglichst wenig Wohnbauland dafür Verwendung findet,
  - o eine Einrichtung für 60 Personen vorgesehen ist und eine Anzahl von 90 Personen nicht überschritten werden soll.
5. Die städt. Wohnbaugesellschaft (WBL) stellt darüber hinaus aus dem Segment „Abwohnen/Abriss/Neubau“ zeitlich befristet Wohnungen für einen Zeitraum je Wohnung bis maximal 36 Monate und einer Belegung je Standort von maximal 60 Plätzen zur Verfügung.
6. Die Verwaltung wird zudem beauftragt,
  - a) mit dem Kreis Verhandlungen aufzunehmen, um Objekte aus dem Segment der „Vorläufigen Unterbringung“ – wenn wirtschaftlich vertretbar – zu übernehmen und
  - b) alle Anstrengungen zu unternehmen, um auch auf dem freien Markt weitere Wohnungen und Objekte zu realisieren.
7. Die Standortvorschläge aus Vorlage Nr. 445/17 werden wie folgt weiter entwickelt:
  - a. **Stuttgarter Straße / Jägerstraße (Flurstück 4706):** Städtebauliches Ziel ist die qualitätsvolle ~~Ergänzung~~ *Entwicklung* der vorhandenen Bebauung, verbunden mit einer Aufwertung des gesamten Wohn-umfelds. Die Planungen werden unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner im Rahmen des STEP Südstadt weiterentwickelt. ~~Eine reine Flüchtlingsunterkunft war dort zu keiner Zeit vorgesehen und wird dort nicht errichtet werden.~~

b. Osterholzallee Nord / Strombergstraße (Flurstück 6849/1): Dieser Vorschlag wird modifiziert und nach Süden verlegt. Es wird nun der Standort Mörikestraße/Schlieffenstraße (Flurstück 5635/0) gewählt. Die Verwaltung hat eine Bürgerinformation durchgeführt und wird beauftragt in Kooperation mit der WBL alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um diese Fläche schnellstmöglich zu bebauen (Kapazität 90 Plätze). Dafür erfolgt mit Vorlage Nr. 052/18 ein gesonderter Beschluss.

c. Parkplatz / Bolzplatz Gemeindehalle Hoheneck Hartstraße (Flurstück 8750/1): Die in der Bürgerinformationsveranstaltung am 27.11.2017 in Hoheneck entwickelten Vorschläge werden bis Ende Februar 2018 geprüft und dann gemeinsam mit dem Stadtteilausschuss besprochen. Entsprechende Vorschläge werden dem Gemeinderat im ersten Quartal 2018 vorgelegt.

d. Kleines Feldle Südost, Pflugfelden (Flurstücke 6020/1 und 6021): ~~Aktuell werden die baurechtliche Fragen geprüft (Sonderregelung BauGB). Das Projekt wird weiter verfolgt, wenn Pflugfelden im Vergleich zu anderen Stadtteilen nicht angemessen belegt ist. Der Standort wird nicht weiter verfolgt.~~

8. Da die derzeitig realisierbaren Objekte für 2018 voraussichtlich nicht reichen und auch für die Jahre 2019 und 2020 mit Zuweisungen in die Anschlussunterbringung zu rechnen ist, werden in den Stadtteilen weitere Standorte untersucht. Stadtteilkümmerinnen und Stadtteilkümmerer werden beauftragt, mit Unterstützung des Stabs Wohnen und unter Einbeziehung der Stadtteilausschüsse weitere Standortalternativen zu entwickeln, die kurz- und mittelfristig bebaubar sind oder Objekte zu identifizieren, die sich für eine entsprechende Nutzung eignen.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

### Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt in das Thema anhand einer Präsentation ein. Diese liegt dieser Niederschrift bei.

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) und Herr **Henning** (FB Bildung und Familie) informieren weiter zum Thema und fahren in der Präsentation fort.

EBM **Seigfried** geht auf die Vorberatung in der BSS Klausur ein und eröffnet die Aussprache. Heute liege zur Vorlage 049/18 eine modifizierte einstimmige Beschlussempfehlung und zur Vorlage 052/18 eine einstimmige Beschlussempfehlung zur Beratung vor.

Stadtrat **Meyer** spricht sich dafür aus, dass diese wichtige Integrationsaufgabe bisher gut gelöst

---

worden sei und weist auf die gute Zusammenarbeit mit engagierten Bürgern, Arbeitskreis Asyl, kirchlichen, sozialen und freien Trägern hin. Er sehe die Unterbringung als eine soziale Pflichtaufgabe der Stadt. Ihm sei wichtig, dass alle Stadtteile einen gleichen Anteil tragen. Hier sei mittelfristig die Information über die prozentuale Verteilung im Verhältnis zur Wohnbevölkerung interessant. Eine sofortige Gerechtigkeit sei nicht möglich, da der Flächenanteil nicht in jedem Stadtteil gleich vorliege. Weiter geht er auf Punkt 5 ein. Nichtgenutzte Wohnungen zu belegen sei sinnvoll, aber begrenzt auf 36 Monate und die Personenanzahl um die Stadtteile nicht zu überfordern. Zu Punkt 7 sehe er den STEP als vorrangig. Mit den Bürgern der Südstadt solle ein gangbarer Weg gefunden werden. In der Bauplanung zur Mörikestraße wolle er die Mischung aus Wohn- und Gewerbe entsprechend berücksichtigt haben. Weiter geht er auf die Stadtteile Hoheneck und Pflugfelden ein. Sobald die Ditzinger Straße zur Schulbetreuung benötigt werde, müsse rechtzeitig mit dem Stadtteilausschuss und den Bürgern eine Alternative gefunden werden. Er dankt den Stadtteilausschussmitgliedern und den Bürgervereinen für die konstruktive Mitarbeit. Er könne der Vorlage in der geänderten Version zustimmen.

Stadtrat **Kasdorf** empfinde es als positiv, dass sich die Diskussion versachlicht habe. Wichtig sei eine verträgliche Unterbringung für die Geflüchteten wie auch den Bewohnern der Stadtteile. Positiv sehe er die Gespräche mit den Stadtteilausschüssen. Die ökologischen und ökonomischen Aspekte seien aufgenommen worden. Insbesondere wolle er zu Punkt 7 näher eingehen. Man brauche einen Stadtteilkümmerner, da hier Gesprächsbedarf bestehe. Wichtig sei ihm, dass der Begriff „Entwicklung“ mit aufgenommen werde. Lobend wolle er die persönliche Einbringung von Stadträtin Dr. Knoß zum Standort Mörikestraße erwähnen. Das Gebäude füge sich gut in die Umgebung ein. Der grüne Gürtel solle im Zuge der Landesgartenschau bedacht werden. Er erwarte gute Vorschläge der Verwaltung zu weiteren Standorten. Er sehe die Bemühung zu einer gerechten Verteilung, dennoch sei diese noch nicht erreicht. Er sei der Meinung, dass auch weitere Standorte, wie Poppenweiler in den Fokus gerückt werden sollen. Danken wolle er allen, die sich einbringen und für die Integration stark machen. Er werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Liepins** werde ebenso der geänderten Vorlage zustimmen. Mit mehr Sensibilität hätte die Verwaltung die Diskussion im Herbst vermeiden können. Ihre Fraktion habe sich immer für eine dezentrale Unterbringung mit einer Belegungszahl von maximal 60 Personen ausgesprochen. Die Mörikestraße solle eine Ausnahme bleiben. Die Anschlussunterbringung solle in kleineren Einheiten erfolgen. Deshalb habe sie sich auch gegen die zweite Unterkunft in Pflugfelden ausgesprochen. Zudem solle das kleine Wäldchen erhalten bleiben. Die Verteilung solle in allen Stadtteilen und im ganzen Stadtgebiet erfolgen, so könne eine bestmögliche Integration erfolgen. Flächen sollen ebenso im Stadtteil Oßweil, Poppenweiler, sowie Hoheneck gesucht werden. Im Stadtteil Neckarweihingen sei man verunsichert, da im Bebauungsplan für das neue Baugebiet Baufenster mit der Möglichkeit zur Erstellung von Cubes eingeplant seien. Die Form der Wohnbebauung sei hier noch nicht entschieden. Im Stadtteil Eglosheim und Grünbühl sei wichtig, dass die Wohnungen, die zum Abwohnen vorgesehen seien, zeitlich befristet vermietet werden und hier keine weiteren großen Einrichtungen geplant werden. Zur Stuttgarter Straße müsse die Entwicklung abgewartet werden. Hier solle ein Stadtteilmförderer eingesetzt werden. Mit der Thematik und Problematik der Flüchtlingsunterbringung müsse man sich auch im Hinblick auf den Wohnungsmarkt noch lange beschäftigen.

Stadträtin **Moersch** merkt an, dass heute ein schwieriges, emotionales Thema beschlossen werde. Die Anforderungen an die Verwaltung und Stadtgesellschaft seien hoch. Man müsse sich dieser Aufgabe stellen. Sie geht auf die vorgeschlagenen Standorte ein. Wichtig sei, dass alle Stadtteile und die Innenstadt ihren Beitrag leisten. Die oberste Grenze der Bewohnerzahl liege bei 60 Personen. So sei der Dialog zwischen den Anwohnern und Geflüchteten besser zu gewährleisten. Große Sammelunterkünfte solle es möglichst nicht geben. Wichtig seien Transparenz und frühzeitige Beteiligung. Ein Vorgehen wie im vergangenen Jahr dürfe es nicht mehr geben. Sie

dankt der Ludwigsburger Bürgerschaft für ihr Engagement und stimme der Vorlage zu.

Ebenso werde Stadtrat **Eisele** der modifizierten Vorlage zustimmen. Der Weg sei richtig, ebenso das Anmieten der Wohnungen der WBL und des Landkreises. Die Verteilung sei deutlich gerechter geworden. Die Stadtteilausschüsse und Bürgervereine sollen weiter kontaktiert werden. Die Cubes sollen nicht stigmatisiert werden, so Eisele. Er sehe hier die Möglichkeit auf die schnelle Erstellung von günstigem Wohnraum. Die Fassade könne unterschiedlich gestaltet werden.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt EBM **Seigfried** über den geänderten Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 21.02.2018 wie oben kursiv und gestrichen eingefügt abstimmen. Nach der Abstimmung merkt EBM Seigfried an, dass das dezentrale kleinteilige Konzept eine große Herausforderung, insbesondere in der Betreuung, sei. Ebenso wolle er sich positiv für das kostengünstige, schnelle Erstellen der Cubes für den Wohnungsbau aussprechen.

---

**TOP 2.2****- Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom  
21.11.2017****Beratungsverlauf:**

Der Antrag ist im Sachzusammenhang und durch Beschluss der Vorlage 049/18 und 052/18 erledigt.

## TOP 2.3

Entscheidung Anmietung Mörikestraße in  
Ludwigsburg für AnschlussunterbringungVorl.Nr. 052/18

---

**Beschluss:**

1. Das in der Anlage dargestellte Flurstück Nr. 5635/0 (Mörikestraße/Schlieffenstraße) wird für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der WBL alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Flächen schnellstmöglich zu bebauen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

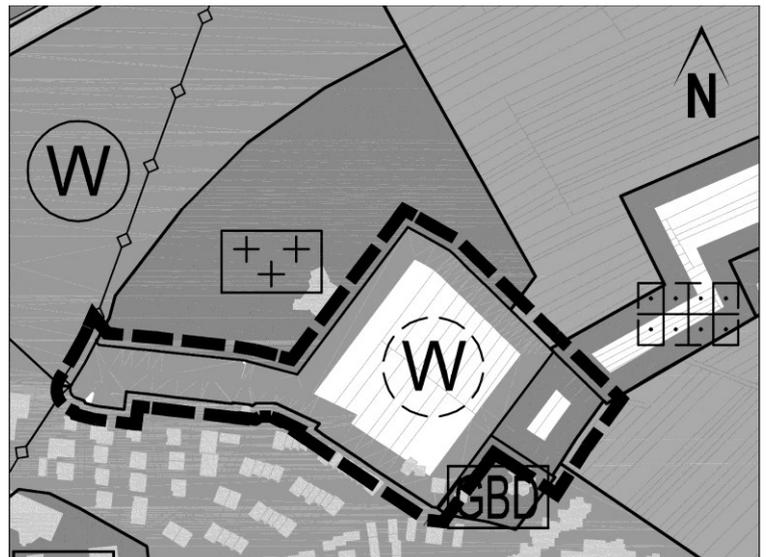
Der Beratungsverlauf erfolgt zusammen mit TOP 2.1.

**TOP 3****Schauinsland****TOP 3.1****Flächennutzungsplanänderung Nr. 28 "Schauinsland"  
- Feststellungsbeschluss**

Vorl.Nr. 545/17

**Beschluss:**

- I. Die im Rahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 3 beschlossen.
- II. Die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 28 „Schauinsland“ wird beschlossen.  
Es gilt die Begründung vom 02.02.2018.  
Die Flächennutzungsplanänderung ist dem Regierungspräsidium Stuttgart zur Genehmigung vorzulegen.



**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadträtin Kreiser  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

Die Beratung erfolgt zusammen mit TOP 3.2

**TOP 3.2****Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften  
"Schauinsland" Nr. 115/14 - erneuter  
Entwurfsbeschluss und vorbehaltlicher  
Satzungsbeschluss**

Vorl.Nr. 544/17

**Beschluss:**

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Schauinsland“ Nr. 115/14 wird aufgrund von Änderungen erneut beschlossen. Maßgeblich sind der Bebauungsplanentwurf (Anlage 1), die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3), jeweils vom 02.02.2018.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gemäß § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) i.V.m. § 4(2) BauGB erneut einzuholen. Stellungnahmen sollen nur zu den geänderten Teilen abgegeben werden können; die Dauer der Auslegung sowie der Beteiligung soll auf 2 Wochen verkürzt werden.



- 
- IV. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Schauinsland“ Nr. 115/14 werden zusammen mit den textlichen Festsetzungen, jeweils mit Datum vom 02.02.2018 gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen. Es gilt die Begründung vom 02.02.2018.
- V. Der Beschluss unter Ziffer IV. ergeht unter dem Vorbehalt, dass während der öffentlichen Auslegung unter Ziffer III keine fristgerechten abwägungsrelevanten Bedenken und Anregungen (Stellungnahmen) eingehen. Sollten fristgerecht abwägungsrelevante Stellungnahmen eingehen, sind diese dem Gemeinderat zur Abwägungsentscheidung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 23 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** ruft TOP 3 auf und gibt das Wort an BM Ilk weiter.

BM **Ilk** weist auf die intensive Diskussion im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt hin. Explizit weist er darauf hin, dass mit dem Bebauungsplan nicht die Erstellung der Cubes beschlossen werde. Aufgrund der geänderten Form der Baufenster wolle er auf die Besonderheit des vorbehaltlichen Satzungsbeschlusses hinweisen.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** wünscht die Aufnahme seines Wortbeitrages, wie von ihm zur Verfügung gestellt, in das Protokoll: „Wir hatten die bisherige Qualität der Planung in den vielen vergangenen Sitzungen bereits gewürdigt, aus diesem Grunde werde ich jetzt darauf nicht erneut eingehen.“

Der heutige Beschluss verändert in erster Linie bereits beschlossene Baugrenzen, um evtl. auch die Bauform mehrerer Cubes zuzulassen und damit auch den Städtebau. Das hat sich in der letzten BTU in der Verwaltungspräsentation herausgestellt.

Nachdem Mitte Dezember des vergangenen Jahres der WKV die direkte Vergabe an die WBL beschlossen hat und dafür den Beschlussvorschlag änderte, hätte man eigentlich davon ausgehen können, dass das Baugebiet auf einem guten und schnellen Weg ist. Nach fast einem Vierteljahr müssen wir feststellen — dem ist nicht so.

Eine Überarbeitung ist jetzt aus Sicht der Verwaltung erforderlich: Änderungen bei

---

Planzeichnungen und im Textteil. Das Fass wurde von der Verwaltung wieder aufgemacht, nicht von uns.

Unser Ziel ist es, Flüchtlinge dezentral unterzubringen. Dezentral, die Wohnungen gut durchmischt im Quartier, neben unseren Bürgerinnen und Bürgern, so dass die Flüchtlinge eine größtmöglichen Akzeptanz in der Bevölkerung haben.

Wir wollten Anschlussunterkünfte im ganzen Baugebiet integrieren, verträglich und nicht konzentriert an einer Stelle, in Form von beispielsweise sieben Cubes die sich aufgrund ihrer Holzmodulbauweise auch nur in einer Bauform umsetzen lassen!

Größtmögliche Durchmischung. Das hatten wir im WKV angeregt. Aus diesem Grund hat die WBL den Zuschlag für insgesamt drei Flächen erhalten.

Die Vorlage 052/18, der heutige Beschluss, ermöglicht etwas anderes. Das wollen wir nicht und lehnen den Beschlussvorschlag ab.“

Stadträtin **Dr. Knoß** hofft auf eine mehrheitliche Zustimmung. Weiter wolle sie auf die Erstellung der Cubes eingehen. Eine Umsetzung müsse für die Herstellung preiswerten Wohnraumes erfolgen. Heute werde lediglich die Möglichkeit einer Erstellung beschlossen. Sie werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Juranek** erinnert an die umfangreiche Diskussion im Ausschuss. Heute entscheide man nicht über die Bauformen, lediglich über die Möglichkeit. Die Cubes seien städtebaulich integrierbar, so Juranek. Er könne der Vorlage zustimmen.

Die Cubes seien eine nachhaltige und mehrfach nutzbare Bauweise, so Stadtrat **Rothacker**. Es sei ein Zeichen an die Öffentlichkeit um Wohnraum zu schaffen und er hoffe auf große Zustimmung.

Seinem Vorredner anschließen könne sich Stadtrat **Lettrari**. Die Cubes haben eine schöne Bauform und strahlen durch die Holzbauweise eine Wärme aus. Er werde der Vorlage zustimmen.

EBM **Seigfried** lässt getrennt über die Vorlage 545/17 und 544/17 abstimmen.

## TOP 4.1

**Flächennutzungsplanänderung Nr. 27 - "Mäurach" in  
Ludwigsburg**  
- Auslegungsbeschluss und förmliche Beteiligung der  
Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen  
Träger öffentlicher Belange  
- Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB

Vorl.Nr. 479/17

**Beschluss:**

- I. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 3) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 3 beschlossen.
- II. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung Nr. 27 „Mäurach“ vom 02.02.2018 wird beschlossen. Es gilt die Begründung vom 02.02.2018.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

---

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** ruft TOP 4 auf.

BM **Ilk** geht auf die Beschlussfassung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt ein. Mit der Auflage der Erfüllung des eingebrachten Antrages durch Stadtrat Rothacker. Der Antrag werde in das weitere Verfahren einfließen. Heute sei über den Entwurfsbeschluss abzustimmen. Weiter merkt er an, dass zwei Verkehrsgutachten erstellt worden seien.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Link** zeigt sich erfreut, dass der Vorschlag geprüft werde. Er befürchte, dass Staus vorprogrammiert seien. Er bittet, dass der Vorschlag auch durchgesetzt werde, dann könne er auch zustimmen.

Stadtrat **Bauer** merkt zur Monreposstraße an, dass da keine Veränderung gewünscht werde.

Die Zufahrt sei strittig, so Stadträtin **Liepins**. Aufgrund der topographischen Gegebenheit müsse die Andienung über Maurach erfolgen. Die LKW Zufahrt müsse zu bleiben. Sinnvoll sei, wenn die PKW Ausfahrt weiterhin über die Monreposstraße erfolge.

Auf seinen gestellten Antrag geht Stadtrat **Rothacker** ein. Es müsse bereits im Parkhaus eine Regelung für die Ausfahrt der PKW in Richtung Monreposstraße erfolgen.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlagen Nr. 479/17 und Nr. 462/17 en bloc abstimmen.

**Beschluss:**

- I. Der Entwurfsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Erweiterung XXXL Mann Mobilia“ Nr. 073/03 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 02.02.2018, beschlossen.

Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 02.02.2018.



- II. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- III. Maßgebend für die Zulässigkeit des Bauvorhabens ist der Vorhaben- und Erschließungsplan mit Freiflächengestaltungsplan vom 17.11.2017.
- IV. Dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 5) und der weiteren Bearbeitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird zugestimmt.
- V. Die Verwaltung wird beauftragt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Vorhaben-/ Erschließungs- und Freiflächenplan gem. § 3 (2) BauGB und Begründung öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**TOP 4.2**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Erweiterung  
XXXL Mann Mobilia" Nr. 073/03  
- Entwurfsbeschluss und förmliche Beteiligung der  
Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen  
Träger öffentlicher Belange**

**Vorl.Nr. 462/17**

---

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlagen Nr. 479/17 und Nr. 462/17 en bloc abstimmen.  
Beratungsverlauf siehe TOP 4.1.

**TOP 5**

**Bebauungsplan "Nahversorgungsstandort Friesen-  
/Hanseatenstraße" Nr. 094/04  
- Aufstellungsbeschluss**

**Vorl.Nr. 002/18**

---

**Beratungsverlauf:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt EBM **Seigfried** TOP 5 ab.

**TOP 6**

**Verkaufsoffene Sonntage 2018**

**Vorl.Nr. 536/17**

---

**Beschluss:**

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen  
am 08.04.2018 anlässlich der Saisoneroöffnung „Oldtimer-Sternfahrt“ (Tammerfeld)  
am 14.10.2018 anlässlich des Saisonabschlusses der „Oldtimer-Sternfahrt“ (Tammerfeld)  
wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

---

Protokollauszug Gemeinderat 28.02.2018

Der Beschluss wird mit 22 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung (GemO) wird die Hauptsatzung geändert. Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage aufgeführten redaktionellen Änderungen zu (Formulierungen, Benennung der Geschäftsbereiche, gesetzliche Zuordnungen usw.).
2. Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage aufgeführten Änderungsvorschlägen für die Hauptsatzung zum nächstmöglichen Termin zu.
3. Die Stadtverwaltung informiert den Gemeinderat im Januar 2019 über all jene Fälle, die über die bisher gültigen Wertgrenzen hinausgehen. Das betrifft die Änderungen der Wertgrenzen in den Paragraphen 9 und 15.
4. Die Arbeitsgruppe kommt nach einem Jahr zusammen, also im Februar 2019, um die geänderten Regelungen zu überprüfen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

**Beratungsverlauf:**

Siehe TOP 8.1

**Abweichender Beschluss:**

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit sowie die als Anlage 3 beigefügten Richtlinien über die Finanzierung der Arbeit der Fraktionen, Gruppierungen und Einzelmitglieder des Gemeinderats werden beschlossen.

Die Änderungen treten zum 01.03.2018 in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (vgl. Vorlage 084/18) vom 20.02.2018 abstimmen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Anpassung der Feuerwehrentschädigungssatzung

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

Befangenheit: Stadtrat Köhle

**Beratungsverlauf:**

Aufgrund von Befangenheit rückt Stadtrat **Köhle** vom Sitzungstisch ab und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales, bei der ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss gefasst worden sei. Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Der vorläufige Abschluss 2017 der Ludwigsburger Schlossfestspiele gGmbH wird zur Kenntnis genommen.
2. Den Programm- und Haushaltsplanungen 2018 wird zugestimmt.
3. Für den Haushalt 2018 wird ein Förderbetrag i.H.v. 800.000 EUR genehmigt und vorbehaltlich der Genehmigung des städtischen Haushaltes durch das Regierungspräsidium freigegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Der Förderverein Strafvollzugsmuseum e.V. erhält zur Teilfinanzierung der Mietkosten für die Nutzung der Immobilie in der Schorndorfer Str. 38 und in Ergänzung der komplementären Finanzierung durch das Land Baden Württemberg eine Förderung aus dem städtischen Haushalt i.H.v. 6.000,00€ jährlich.
2. Im Haushalt 2018 wird der Betrag überplanmäßig bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat F. Lutz  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Entsprechend dem Antrag der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses vom 01.02.2018 werden die in der Anlage aufgeführten Personen als Gutachter zur Ermittlung von Grundstückswerten und für sonstige Wertermittlungen gemäß § 192 Baugesetzbuch i. V m. § 2 der Gutachterausschussverordnung des Landes Baden-Württemberg bestellt (einschließlich Vorsitzender und Stellvertreter):

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat F. Lutz  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Vergabe der nachfolgenden Gewerke für die August-Lämmle-Schule, Westfalenstraße 54 in Oßweil wird zugestimmt.

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + ca. 15 %)
1.	Landschaftsgärtnerische Arbeiten	Benignus GmbH Weissacher Str. 83 71522 Backnang	910.000 EUR
2.	Dachdeckerarbeiten Bau A	Bedachungen Albert GmbH Römerstraße 30 74399 Walheim	108.000 EUR
3.	Außenputz/Wärmedämmverbundsystem	MS Stuckateurbetrieb Badstubenstrasse 9 74385 Pleidelsheim	185.000 EUR

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat F. Lutz  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt im Zuge der bereits beschlossenen Brandschutzmaßnahmen an der Eberhard-Ludwig-Schule zusätzlich den **barrierefreien Ausbau des Schulgebäudes durch den Einbau eines Aufzugs und einer Rampe** mit weiteren Kosten in Höhe von 144.000,- EUR inkl. 19 % MwSt. Der Erhöhung der Beschlusssumme für die Gesamtbaumaßnahmen an der Eberhard-Ludwig-Schule von 720.000 EUR (Vorl.Nr. 034/17) auf 864.000,- EUR wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadträtin Deetz  
Stadtrat Haller  
Stadtrat Heer  
Stadtrat F. Lutz  
Stadtrat Remmele  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Prof. Vierling

**Beratungsverlauf:**

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.